Schweiz und UNO

Autor(en): **Müller, Erich / Baader, Caspar**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **168 (2002)**

Heft 2

PDF erstellt am: **03.07.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-67902

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Schweiz und UNO

Zur kontroversen Frage eines UNO-Beitritts nehmen zwei profilierte Bundespolitiker Stellung. Nationalrat Caspar Baader, Fraktionspräsident der SVP, vertritt die Contra-Haltung. Nationalrat Erich Müller, Mitglied der eidgenössischen Finanzdelegation und der nationalrätlichen Finanzkommission sowie Präsident der AGOS Arbeitsgemeinschaft für eine offene Schweiz, vertritt die Pro-Haltung. dk

Ist der UNO-Beitritt für die Schweiz notwendig?

Müller: Die Welt steht gesellschaftlich, politisch, sozial und wirtschaftlich vor grossen Herausforderungen. Es entspricht schweizerischer Tradition, dazu einen Beitrag zu leisten. Die anstehenden Aufgaben lassen sich nicht mehr durch einzelne Nationen, sondern nur gemeinsam lösen. Die UNO ist die einzige Organisation, die dazu in der Lage ist. Wenn wir mithelfen wollen, die grossen Probleme dieser Welt zu lösen, ist ein UNO-Beitritt der Schweiz notwendiger denn je.

Baader: Die Schweiz müsste als Vollmitglied mit der UNO-Charta Verpflichtungen eingehen, die mit unserer Neutralität nicht vereinbar sind. Daher begnügte sie sich seit 1948 mit dem Beobachterstatus sowie der Mitgliedschaft in Spezialorganisationen und lehnte eine Vollmitgliedschaft immer wieder klar ab, letztmals in der Volksabstimmung von 1986. Diese Haltung hat weder das internationale Ansehen noch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unseres Landes negativ beeinflusst. Daher ist ein UNO-Vollbeitritt keine Notwendigkeit!

Ist der Beitritt mit unserer Neutralitätspolitik vereinbar?

Müller: Mit der schweizerischen Neutralität sind drei Ziele verbunden. Einmal wollen wir neutral sein, damit unser Land nicht Angriffsziel eines Feindes wird, weil wir uns mit einer Macht militärisch verbünden. Dies können wir auch als UNO-Mitglied. Zum andern wollen wir dank unserer Neutralität in Krisengebieten effizient Hilfe leisten. Entsprechende Aktionen finden je länger je mehr im Rahmen der UNO statt. Im Weitern will die Schweiz ihre guten Dienste als sicherer Ort für friedensfördernde Zusammenkünfte verfeindeter Parteien anbieten. Dies ist als UNO-Mitglied viel besser möglich, wie dies die Afghanistan-Konferenz zeigt.

Die Neutralität eines Landes ist so gut, als sie von den andern Staaten respektiert wird. Dies ist dann der Fall, wenn sie mit aktiven solidarischen Einsätzen in Krisengebieten im Rahmen der UNO demonstriert wird.

Baader: Die UNO-Charta verlangt von den Mitgliedern, die Beschlüsse des Sicherheitsrates zu befolgen. Konkret könnte dieser die Schweiz nach Artikel 41 verpflichten, an wirtschaftlichen und politischen Sanktionen gegen andere Staaten mitzumachen. Artikel 43 verlangt von den Mitgliedern gar, dem UNO-Sicherheitsrat Streitkräfte zur Verfügung zu stellen, Beistand zu leisten und den militärischen Durchmarsch zu gewähren. Derartige Verpflichtungen widersprechen unserer Unabhängigkeit und Neutralität. Wir könnten beispielsweise nicht mehr selbst entscheiden, ob wir an einem Boykott gegen Drittländer teilnehmen wollen oder nicht. Somit verlören wir die eigene Handlungs- und Entscheidungsfreiheit, also ein wesentliches Stück unserer Souveränität.

Was hat der Beitritt für eine Bedeutung für die schweizerische Sicherheitspolitik und Armee?

Müller: Unser oberstes sicherheitspolitisches Ziel ist die Erhaltung des Friedens in der Schweiz, nötigenfalls mit Waffengewalt. Kriege sind heute keine rein «nationalen Angelegenheiten». Der Krieg auf dem Balkan hat gezeigt, dass auch wir dessen Folgen zu spüren bekommen, z. B. in Form der Flüchtlingsströme. Darum muss die Hilfe vor Ort ein wesentlicher Teil der schweizerischen Sicherheitspolitik sein. Sie findet meist im Rahmen der UNO statt. Neue Kriegsformen, wie Terrorismus, gefährden auch die Sicherheit der Schweiz. Nur in enger Zusammenarbeit aller Staaten im Schosse der UNO sind sie zu bewältigen. Eine glaubwürdige, solidarische Schweiz will dazu ihren Beitrag leisten – als UNO-Mitglied. Die UNO ist ein Element der schweizerischen Sicherheitspolitik.

Baader: Die Gefahr besteht, dass der Bundesrat die Politik der dauernden bewaffneten Neutralität mit einer starken Armee zur Wahrung der äusseren und inneren Sicherheit unseres Landes zu Gunsten der von der UNO angestrebten kollektiven Sicherheit verlässt. Ein UNO-Vollbeitritt würde zu vermehrtem Einsatz von Schweizer Soldaten in ausländischen Konfliktgebieten führen und damit den Weg in Richtung eines NATO-Beitrittes ebnen. Auch nach dem 11. September kann es nicht Ziel der schweizerischen Sicherheitspolitik sein, wie Grossmächte mit Spezialeinheiten im Ausland den Terrorismus zu bekämpfen. Wir haben in unserem Land für Ordnung zu sorgen.

Kann die Schweiz nach einem Beitritt verpflichtet werden, Streitkräfte zur Verfügung zu stellen, Beistand zu leisten und Erleichterungen, einschliesslich Durchmarschrechte, zu gewähren?

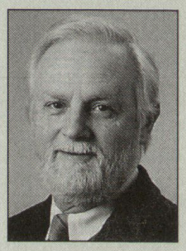
Müller: Nein. Die Schweiz kann aufgrund ihres Neutralitätsstatus, der durch die Erklärung des Bundesrates noch verstärkt wird, nicht zu Einsätzen im Ausland verpflichtet werden. Auch Durchmarsch- und Überflugsrechte benötigen die Zustimmung unserer Regierung.

Baader: Nach Artikel 43 sind alle Mitglieder verpflichtet, dem Sicherheitsrat auf sein Ersuchen hin nach Massgabe von Sonderabkommen Streitkräfte zur Verfügung zu stellen, Beistand zu leisten und das Durchmarschrecht zu gewähren. Auch wenn bei der Aushandlung solcher Abkommen noch ein gewisser Handlungsspielraum besteht, wird sich die Schweiz entgegen den Versprechungen des Bundesrates diesen Pflichten nicht dauerhaft entziehen können. Da nützt auch der beabsichtigte einseitig ausgesprochene Neutralitätsvorbehalt gegenüber der UNO nichts.

Was sind die aussen- und sicherheitspolitischen Konsequenzen bei einer Ablehnung?

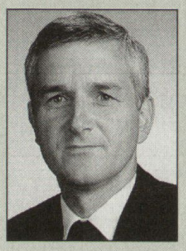
Müller: Die Welt würde uns vorwerfen, wir seien unsolidarisch und wir seien nicht bereit, unseren finanziellen und moralischen Beitrag für Wohlergehen, Gerechtigkeit, Ordnung und Sicherheit in der Welt zu leisten. Leider wären diese Vorwürfe berechtigt, verdient doch die Schweiz jeden zweiten Franken im Ausland, zieht doch die Schweiz (nicht nur Genf) von einer sehr grossen Zahl von UNO-Arbeitsplätzen Nutzen und lebt doch die Schweiz vom guten Ansehen bei den Staaten, die alle UNO-Mitglieder sind. Da die aussen- und sicherheitspolitischen Ziele der Schweiz und der UNO weitgehend identisch sind, wäre ein Abseitsstehen unverständlich und würde unsere Haltung unglaubwürdig machen.

Mit dem UNO-Beitritt beweist unser Volk seine weltoffene, solidarische Haltung und die Bereitschaft, aktiv an der Lösung der grossen Herausforderungen dieser Welt mitzuarbeiten. ■



Erich Müller,
lic. oec. HSG,
Nationalrat,
8472 Seuzach.

Baader: Bundesrat und Parlament müssten zur Kenntnis nehmen, dass das Schweizer Volk die bewährte Politik der dauernden bewaffneten Neutralität fortsetzen will. In der Aussenpolitik sind die Ziele des UNO- und EU-Beitrittes fallen zu lassen. Die Sicherheitspolitik ist wieder klar darauf auszurichten, mit den Sicherheitskräften und der Armee die innere und äussere Sicherheit unseres Landes möglichst unabhängig zu garantieren. Parallel dazu müsste die Schweiz ihre Stärke im Bereich der humanitären Hilfe und der guten Dienste vermehrt anbieten und nutzen. Unser Land muss sich wieder darauf besinnen, dass wir unsere Arbeitsplätze und unseren sozialen Wohlstand nicht aussenpolitischer Anpassung, sondern den Spitzenleistungen unserer Wirtschaft verdanken. Auf dem Weltmarkt zählen Qualität und Preis unserer Produkte. ■



Caspar Baader,
Oberst, Kdt Fest Rgt 2 und
dipl. Ing.-Agr. ETH,
Nationalrat seit 1998,
4460 Gelterkinden.

Haltung der Redaktion zum Beitritt der Schweiz zur UNO

Die Redaktion der ASMZ befürwortet den Beitritt der Schweiz zur UNO. Die UNO ist heute das einzige, weltweit funktionierende Forum zur Behandlung globaler Fragen im Menschenrechts-, Umwelt-, Sicherheits- und Abrüstungsbereich. Seit 1948 arbeitet die Schweiz mit den Vereinten Nationen zusammen.

Der UNO-Beitritt verstärkt eine bewährte Partnerschaft und setzt dem Beobachterstatus ein Ende. Der Schweiz kommt das volle Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht zu. dk

Auswahl weiterführender Links zur UNO

www.un.org ist die offizielle Homepage der Vereinten Nationen.

www.uno.admin.ch enthält Informationen des Eidgenössischen Departementes für Auswärtige Angelegenheiten.

www.uno.ch ist die Page der Vereinigung Volksinitiative Beitritt der Schweiz zur UNO.

Weitere befürwortende Argumente finden sich auch auf *www.schweiz-uno.ch*.

Die Gegner präsentieren ihre Argumente auf *www.auns.ch* und *www.schweizerzeit.ch*.

www.Chinfo.ch/vsuw gibt Informationen und Daten zur Neutralität der Schweiz. dk